

*Dierk Hoffmann (Hg.)*

# DIE UMKÄMPFTE EINHEIT

STUDIEN ZUR GESCHICHTE  
DER TREUHANDANSTALT

*Die Treuhandanstalt und  
die deutsche Gesellschaft*



Dierk Hoffmann (Hg.)  
Die umkämpfte Einheit

# Studien zur Geschichte der Treuhandanstalt

Herausgegeben von Dierk Hoffmann,  
Hermann Wentker und Andreas Wirsching  
im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München – Berlin

Leibniz Institute  
for Contemporary History



**Institut für  
Zeitgeschichte**  
M ü n c h e n - B e r l i n

Dierk Hoffmann (Hg.)

# Die umkämpfte Einheit

Die Treuhandanstalt und die deutsche Gesellschaft



Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über [www.dnb.de](http://www.dnb.de) abrufbar.

Aufbau Digital,

veröffentlicht in der Aufbau Verlage GmbH & Co. KG, Berlin

© Aufbau Verlage GmbH & Co. KG, Berlin 2022

Die Originalausgabe erschien 2022 im Ch. Links Verlag, einer Marke der Aufbau Verlage GmbH & Co. KG.

[www.christoph-links-verlag.de](http://www.christoph-links-verlag.de)

Umschlaggestaltung: zero-media.net, München, unter Verwendung eines Fotos von Protesten vor der SKET-Schwermaschinenbau GmbH in Magdeburg, 10.

Juli 1992, © picture-alliance/dpa

Lektorat: Dr. Daniel Bussenius, Berlin

ISBN 978-3-96289-174-9

eISBN 978-3-8412-3239-7

# Inhalt

## Vorwort der Herausgeber

*Dierk Hoffmann*

### Treuhandanstalt – Privatisierung – Öffentlichkeit. Eine Einführung

1. Zwischen friedlicher Revolution 1989 und deutscher Einheit 1990: Selbstermächtigung und Entstaatlichung
2. Die Treuhandanstalt unter Detlev Karsten Rohwedder 1990/91: Expansion, Professionalisierung und öffentliches Image
3. Die Treuhandanstalt unter Birgit Breuel (1991 – 1994): Behörde im Umbau, ökonomischer Strukturwandel und soziale Konflikte

*Christian Rau*

### Transformation von unten. Zur Gesellschaftsgeschichte der ostdeutschen Belegschaftsproteste 1989 – 1994

1. Von Helden zur Herausforderung der Demokratie: Neue Perspektiven auf die ostdeutsche Protestgeschichte
2. Demokratisierung und Realpolitik: Betriebliche Proteste im postrevolutionären Übergang
3. Gespaltene Gewerkschaften: Die IG Metall und die Treuhandproteste vom Frühjahr 1991
4. Bündnispolitik von unten: Die radikale Linke und die ostdeutsche Betriebsräteinitiative 1992/93
5. Protest und Demokratieerfahrung: Der Hungerstreik von Bischofferode  
Der lange Schatten ostdeutscher Arbeitskämpfe – eine Bilanz

*Wolf-Rüdiger Knoll*

### Deindustrialisierung oder Aufschwung Ost? Der Strukturwandel in Ostdeutschland und die Rolle der Treuhandanstalt am Beispiel des Landes Brandenburg

1. Sozialistische Industrialisierung: Entwicklung der Brandenburger Industrie bis 1989
2. Umbruch, Abbruch, Aufbruch: Treuhandanstalt und sozioökonomische Transformation in Brandenburg
3. Landespolitische Wirtschaftsinitiativen und wirtschaftliche Entwicklungen bis 2020

4. Strukturwandel in der Lausitz  
Fazit: 50 Jahre Strukturwandel in Brandenburg

*Keith R. Allen*

## Ostdeutsche Sanierungen im westeuropäischen Binnenmarkt. Das multinationale Ringen um Beihilfen für Schiffbau und Stahl

1. Schiffbaubeihilfen und die Dänen: Ein Vorläufer des britisch-deutschen Stahlkonflikts
2. Britische Einwände gegen die Umstrukturierung der Stahlindustrie  
Schlussfolgerungen

*Eva Schäffler*

## Die Privatisierung der anderen. Privatisierungskonzepte und -wege in deutsch-tschechischer Perspektive

1. Wechselseitige Wahrnehmung der ostdeutschen und der tschechischen Privatisierung
2. Ostdeutsche Anteilscheine und tschechische Kupons  
Fazit

*Andreas Malycha*

## »Alte Seilschaften«. Die Personalpolitik der Treuhandanstalt im Kreuzfeuer der Kritik

1. Der Auftrag der Vertrauensbevollmächtigten
2. Kontroversen um »alte Seilschaften« in der Treuhandzentrale  
Fazit

*Rainer Karlsch*

## Grauzonen und Wirtschaftskriminalität. Die Treuhandanstalt: ein Spielball für

### »Betrügerpersönlichkeiten«?

1. Wirtschafts- und Vereinigungskriminalität
2. Auseinandersetzungen um die Reprivatisierung
3. Ein letzter große Triumph der »Deutschland AG«
4. Interne Kontrollgremien: Stabsstelle Besondere Aufgaben und Insiderpanel
5. Interessenkollisionen im Vorstand
6. Kriminalität durchsuchte Niederlassungen?  
Resümee

Autorinnen und Autoren

## Vorwort der Herausgeber

Noch in der Spätphase der DDR gegründet, entwickelte sich die Treuhandanstalt zur zentralen Behörde der ökonomischen Transformation in Ostdeutschland. Ihre ursprüngliche Aufgabe war die rasche Privatisierung der ostdeutschen volkseigenen Betriebe (VEB). Sehr bald aber wies ihr die Politik zahlreiche weitere Aufgaben zu. Sukzessive sah sich die Treuhandanstalt mit der Lösung der Altschuldenproblematik, der Sanierung der ökologischen Altlasten, der Mitwirkung an der Arbeitsmarktpolitik und schließlich ganz allgemein mit der Durchführung eines Strukturwandels konfrontiert. In ihrer Tätigkeit allein ein behördliches Versagen zu erkennen wäre daher ahistorisch und einseitig, auch wenn die Bilanz der Treuhandanstalt niederschmetternd zu sein scheint. Denn von den etwa vier Millionen Industriearbeitsplätzen blieb nur ein Drittel übrig. Das öffentliche Urteil ist daher ganz überwiegend negativ. Die Kritik setzte schon ein, als die Behörde mit der Privatisierung der ersten VEBs der DDR begann. Bis heute verbinden sich mit der Treuhandanstalt enttäuschte Hoffnungen, überzogene Erwartungen, aber auch Selbsttäuschungen und Mythen. Außerdem ist sie eine Projektionsfläche für politische Interessen und Konflikte, wie die Landtagswahlkämpfe 2019 in Ostdeutschland deutlich gemacht haben. Umso dringender ist es erforderlich, die Tätigkeit der Treuhandanstalt und mit ihr die gesamte (ost-)deutsche Transformationsgeschichte der frühen 1990er-Jahre wissenschaftlich zu betrachten. Dies ist das Ziel der Studien zur Geschichte der Treuhandanstalt, deren Bände die Umbrüche der 1990er-Jahre erstmals auf breiter



archivalischer Quellengrundlage beleuchten und analysieren.

Die Privatisierung der ostdeutschen Betriebe brachte für viele Menschen nicht nur Erwerbslosigkeit, sondern auch den Verlust einer sicher geglaubten, betriebszentrierten Arbeits- und Lebenswelt. Insofern ist die Erfahrungsperspektive der Betroffenen weiterhin ernst zu nehmen und in die wissenschaftliche Untersuchung ebenso zu integrieren wie in die gesellschaftspolitischen Konzepte. Der mit der Transformation einhergehende Strukturwandel hatte Folgen für Mentalitäten und politische Einstellungen, die bis in die Gegenwart hineinreichen. Dabei wurden die individuellen und gemeinschaftlichen Erfahrungen und Erinnerungen stets von medial geführten Debatten über die Transformationszeit sowie von politischen Interpretationsversuchen geprägt und überlagert. Diese teilweise miteinander verwobenen Ebenen gilt es bei der wissenschaftlichen Analyse zu berücksichtigen und analytisch zu trennen. Der erfahrungsgeschichtliche Zugang allein kann die Entstehung und Arbeitsweise der Treuhandanstalt sowie die Privatisierung der ostdeutschen Wirtschaft nicht hinreichend erklären. Vielmehr kommt es darauf an, die unterschiedlichen Perspektiven miteinander in Relation zu setzen und analytisch zu verknüpfen, um so ein differenziertes und vielschichtiges Bild der Umbrüche der 1990er-Jahre zu erhalten.

Diese große Aufgabe stellt sich der Zeitgeschichte erst seit Kurzem, denn mit dem Ablauf der 30-Jahre-Sperrfrist, die für staatliches Archivgut in Deutschland grundsätzlich gilt, ergibt sich für die Forschung eine ganz neue Arbeitsgrundlage. Das öffentliche Interesse konzentriert sich auf die sogenannten Treuhandakten, die im Bundesarchiv Berlin allgemein zugänglich sind (Bestand B 412). Sie werden mittlerweile auch von Publizistinnen und Publizisten sowie Journalistinnen und Journalisten intensiv genutzt. An dieser Stelle sei aber daran erinnert, dass

schon sehr viel früher Akten anderer Provenienz allgemein und öffentlich zugänglich waren - die schriftliche Überlieferung der ostdeutschen Landesregierungen oder der Gewerkschaften, um nur einige Akteure zu nennen. Darüber hinaus können seit einiger Zeit auch die Akten der Bundesregierung und der westdeutschen Landesverwaltungen eingesehen werden. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Bei aller Euphorie über die quantitativ wie qualitativ immer breiter werdende Quellengrundlage (allein zwölf laufende Aktenkilometer Treuhandüberlieferung im Bundesarchiv Berlin) sollte allerdings nicht aus dem Blick geraten, dass Historikerinnen und Historiker die Archivalien einer Quellenkritik unterziehen müssen. Dies gehört grundsätzlich zu ihrem Arbeitsauftrag. Da die Erwartungen der Öffentlichkeit an die Aussagekraft vor allem der Treuhandakten hoch sind, sei dieser Einwand an dieser Stelle ausdrücklich gemacht. So gilt es, einzelne Privatisierungsentscheidungen der Treuhandspitze zu kontextualisieren und mit anderen Überlieferungen abzugleichen. Zur Illustration der Problematik mag ein Beispiel dienen: Treuhandakten der sogenannten Vertrauensbevollmächtigten und der Stabsstelle Recht enthalten Vorwürfe über »SED-Seilschaften« und »Korruption«, die sich auch in der Retrospektive nicht mehr vollständig klären lassen. Die in Teilen der Öffentlichkeit verbreitete Annahme, die Wahrheit komme nun endlich ans Licht, führt daher in die Irre und würde ansonsten nur weitere Enttäuschungen produzieren. Es gibt eben nicht *die* historische Wahrheit. Stattdessen ist es notwendig, Strukturzusammenhänge zu analysieren, unterschiedliche Perspektiven einzunehmen, Widersprüche zu benennen und auch auszuhalten. Dazu kann die Zeitgeschichtsforschung einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie mit quellengesättigten und methodisch innovativen Studien den historischen Ort der

Treuhandanstalt in der Geschichte des vereinigten Deutschlands bestimmt, gängige Geschichtsbilder hinterfragt und Legenden dekonstruiert.

Im Rahmen seines Forschungsschwerpunktes »Transformationen in der neuesten Zeitgeschichte« zu den rasanten Wandlungsprozessen und soziokulturellen Brüchen der Industriegesellschaften seit den 1970er-Jahren hat das Institut für Zeitgeschichte München – Berlin (IfZ) im Frühjahr 2013 damit begonnen, ein großes, mehrteiliges Projekt zur Geschichte der Treuhandanstalt inhaltlich zu konzipieren und vorzubereiten. Auf der Grundlage der neu zugänglichen Quellen, die erstmals systematisch ausgewertet werden konnten, ging das Projektteam insbesondere folgenden Leitfragen nach: Welche politischen Ziele sollten mit der Treuhandanstalt erreicht werden? Welche Konzepte wurden in einzelnen Branchen und Regionen verfolgt, und was waren die Ergebnisse? Welche gesellschaftlichen Auswirkungen haben sich ergeben? Wie ist die Treuhandanstalt in internationaler Hinsicht zu sehen?

Bei der Projektvorbereitung und -durchführung waren Prof. Dr. Richard Schröder und Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué unterstützend tätig, denen unser ausdrücklicher Dank gilt. Über Eigenmittel hinaus ist das IfZ-Projekt, das ein international besetzter wissenschaftlicher Beirat kritisch begleitet hat, vom Bundesministerium der Finanzen von 2017 bis 2021 großzügig gefördert worden. Auch dafür möchten wir unseren Dank aussprechen. In enger Verbindung hierzu standen zwei von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderte Einzelprojekte von Andreas Malycha und Florian Peters.

*Dierk Hoffmann, Hermann Wentker, Andreas Wirsching*

*Dierk Hoffmann*

## Treuhandanstalt – Privatisierung – Öffentlichkeit. Eine Einführung

Ein Jahr nach dem Mauerfall machte eine Verkäuferin aus Ost-Berlin ihrem Unmut über die neue marktwirtschaftliche Ordnung Luft. In einem Zeitungsleserbrief schrieb sie: »Es ist gerade jetzt, da wir vor einem Jahr im November auf der Mauer saßen und gemeinsam mit den Westberlinern Sekt tranken, sehr bedrückend zu hören und zu lesen, wie ›bei uns‹ die Zahl der Arbeitslosen steigt und ›drüben‹ sinkt. So haben wir uns das damals nicht vorgestellt.«<sup>1</sup> Anschließend schilderte sie ihre konkreten Eindrücke von der Arbeitswelt, die sich innerhalb kürzester Zeit radikal verändert hatte. Empört zeigte sich die Verkäuferin über die Verdrängung ostdeutscher Produkte im Warensortiment, worüber sie aus eigener Erfahrung berichtete: »Wir hofften, daß wir unsere Produkte verbessern können und man uns dabei hilft. Statt dessen hat man sie [...] regelrecht aus den Kaufhallen und Geschäften gefegt, ihren weiteren Verbleib als Billigkonkurrenz verhindert.« In ihrer subjektiven Wahrnehmung kamen die bereits einsetzenden Transferzahlungen aus dem Westen bei den Betroffenen nicht an, sondern vergrößerten die soziale Ungleichheit: »Ist es richtig, daß das ganze viele Geld, diese irren Milliarden, die man uns in Bonn besorgt und geborgt hat, nicht schnell genug in die Kassen der Großen zurückfließen können? Und die ›Zinsen‹ müssen wir auch noch tragen.«

Der Leserbrief verdeutlicht erstens die hohen Erwartungshaltungen, die viele Menschen in

Ostdeutschland an die Wiedervereinigung knüpften. Er unterstreicht zweitens die enorme Dynamik der Ereignisse, die schon bei den Zeitgenossen ein Gefühl der Überwältigung auslöste. Mit zunehmendem Abstand zum 3. Oktober 1990 fällt die Bilanz der deutschen Einheit in der Medienöffentlichkeit sogar noch kritischer aus. Zu den vorgetragenen Monita zählen etwa das nach wie vor bestehende Wohlstands- und Lohngefälle zwischen West- und Ostdeutschland, die vergleichsweise niedrigen Renten,<sup>2</sup> aber auch die fehlende Repräsentanz Ostdeutscher in den Funktionseliten.<sup>3</sup> Im Mittelpunkt der Kritik steht nicht nur die Art und Weise, wie die Transformationsprozesse Anfang der 1990er-Jahre abgelaufen sind, sondern auch die Treuhandanstalt (THA) als zentrale Akteurin. Das Urteil über sie ist nahezu einhellig negativ: Die Behörde wurde in jüngster Zeit als »Kolonialbehörde«<sup>4</sup> bzw. als »Symbol der Zerschlagung«<sup>5</sup> bezeichnet. Kritiker haben die Privatisierungspolitik der Behörde etwa als »Fortsetzung des Kalten Krieges mit anderen Mitteln« beschrieben.<sup>6</sup> Sogar der Aufstieg der Alternative für Deutschland (AfD) und die Wahl von Thomas Kemmerich (FDP) mit Stimmen der AfD zum Ministerpräsidenten von Thüringen am 5. Februar 2020 werden mit ihr in Verbindung gebracht.<sup>7</sup> Die Treuhandanstalt ist letztlich eine Projektionsfläche nicht nur für enttäuschte Hoffnungen, sondern auch für politische Interessen. Bei den Landtagswahlkämpfen 2019 in Brandenburg, Sachsen und Thüringen wurde sie zum Thema gemacht. Sowohl die Linkspartei als auch die AfD sprachen sich dafür aus, einen parlamentarischen Treuhand-Untersuchungsausschuss in Berlin bzw. in Erfurt einzurichten, obwohl es einen solchen Ausschuss bereits 1993/94 im Deutschen Bundestag gab. Während die beiden Parteien in Ostdeutschland um die Vorherrschaft als Regionalpartei ringen, nutzen auch wirtschaftsliberale Akteure die Erinnerung an die Behörde, um tagespolitische

Forderungen zu untermauern. So warnte der CDU-Wirtschaftsrat die Bundesregierung Ende März 2020 vor einer »Treuhandanstalt 2.0«, die durch Staatsbeteiligungen an Unternehmen während der Coronakrise entstehen könne.<sup>8</sup> Die hier skizzierten Debatten zeigen, dass sich die Ende 1994 offiziell aufgelöste Privatisierungsbehörde nach wie vor als Chiffre eignet, um politische Interessen zu artikulieren.

Die negativen Deutungen der Treuhandanstalt sind nicht neu, sondern gehen bis in die 1990er-Jahre zurück, als die Treuhand mit der Privatisierung der volkseigenen Betriebe der ehemaligen DDR beauftragt war. Sie beeinflussen die gegenwärtigen geschichtspolitischen Debatten immer noch stark. Daraus folgt, dass die Zeitgeschichte vor einer vierfachen Herausforderung steht: Erstens geht es darum, die Umbrüche der 1990er-Jahre als Problemerzeugungsgeschichte der Gegenwart (Hans Günter Hockerts) systematisch und differenziert zu untersuchen. Zweitens gilt es, die damit eng verbundenen geschichts- und erinnerungspolitischen Narrative zu dekonstruieren, die wegen der Sogwirkung öffentlicher Debatten auch auf die Wissenschaft einwirken.<sup>9</sup> Drittens muss sie die Vorstellung von 1989 als Zäsur hinterfragen und nach der Prägekraft der Erfahrungen der 1970er- und 1980er-Jahre für jene der 1990er-Jahre fragen.<sup>10</sup> Viertens ist eine Verinselung des Untersuchungsgegenstands auf einen rein deutschen Bezugsrahmen tunlichst zu vermeiden. Denn der Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft traf nicht nur die ehemalige DDR, sondern ganz Osteuropa. Die Transformation ist eine gesamteuropäische Geschichte, mit einer starken globalen Dimension – und ebenso starken nationalen Besonderheiten.

Die Treuhandanstalt stellte für die Marktwirtschaft westdeutscher Prägung ein ordnungspolitisches Novum dar, für das es kein Vorbild gab. Sie entzog sich von Anfang

an einer klaren begrifflichen Einordnung, was vor allem mit dem expandierenden Aufgabenprofil und den Enttäuschungen zusammenhing, die viele ostdeutsche Bürgerinnen und Bürger im Transformationsprozess sammelten. Zeitgenossen kennzeichneten die Treuhandanstalt schon früh mit schillernden Begriffen, die Funktion und Arbeitsweise der Sonderbehörde auf den Punkt bringen sollten. So war etwa von einem »Staat im Staate« die Rede.<sup>11</sup> Altbundeskanzler Helmut Schmidt sah in der Anstalt eine »überaus mächtige, mit großen Kompetenzen und Finanzmitteln ausgestattete Nebenregierung«.<sup>12</sup> Das Negativurteil, das sich in der Öffentlichkeit rasch durchsetzte, schlug sich auch in den Buchtiteln zahlreicher Publikationen nieder, die Anfang der 1990er-Jahre erschienen.<sup>13</sup> Der vorliegende Band bündelt nicht nur wichtige Ergebnisse eines großen Forschungsprojekts des Instituts für Zeitgeschichte München – Berlin,<sup>14</sup> sondern greift weiterführende Fragestellungen auf, die im Mittelpunkt sowohl wissenschaftlicher als auch öffentlicher Debatten stehen. Dabei wird zunächst von der These ausgegangen, dass es sich bei der Treuhandanstalt um eine überforderte Behörde handelte, die vonseiten der Politik zahlreiche Aufgaben zugewiesen bekam und die von Anfang an unter einem beträchtlichen Erwartungsdruck der Öffentlichkeit stand. Hinzu kamen die enorme zeitliche Dynamik und die rasch auftretenden Folgen der Privatisierungspolitik, die den Handlungsspielraum der Behörde immer wieder neu bestimmten. Daraus ergab sich ein hochgradig komplexes und ein sich dynamisch veränderndes Kräftefeld bzw. Setting, in dem die Treuhandanstalt agierte. Ziel des Bandes ist nicht die enzyklopädische Darstellung aller Tätigkeitsfelder der Treuhandanstalt, sondern eine exemplarische Auswahl einzelner, relevanter Themenfelder, in deren Mittelpunkt das ambivalente und spannungsreiche

Wechselverhältnis zwischen Treuhandanstalt und Transformationsgesellschaft steht.<sup>15</sup>

## 1. Zwischen friedlicher Revolution 1989 und deutscher Einheit 1990: Selbstermächtigung und Entstaatlichung

### Selbstermächtigung und Selbstdemokratisierung

Mit dem Mauerfall am 9. November 1989 war für die Zeitgenossen in Ost und West nicht absehbar, dass am 1. Juli 1990 die Einführung der Marktwirtschaft in der noch bestehenden DDR und am 3. Oktober die staatliche Einheit Deutschlands kommen würde. Innerhalb von wenigen Monaten veränderte sich für die Menschen in der DDR nahezu vollständig das politische, wirtschaftliche und soziale Koordinatensystem. Mit der friedlichen Revolution im Herbst 1989 setzte zunächst ein Prozess der Selbstermächtigung und Selbstdemokratisierung ein, der immer mehr offene gesellschaftliche Debatten ermöglichte.<sup>16</sup> Das zeigte sich nicht nur bei den Montagsdemonstrationen auf den Straßen vieler ostdeutscher Städte, sondern auch in den volkseigenen Betrieben und Kombinat. Eine Statistik des DDR-Innenministeriums registrierte zwischen August 1989 und April 1990 landesweit 206 Streiks und zwölf Betriebsbesetzungen.<sup>17</sup> Betriebliche Proteste, die nach dem Mauerfall am 9. November 1989 verstärkt einsetzten,<sup>18</sup> richteten sich anfangs gegen die Versorgungsmängel der Planwirtschaft und schlossen dabei Kritik an Werks- und Betriebsleitern mit ein. Bei den Forderungen ging es auch um Fragen der sozialen Ungleichheit in den Betrieben, so zum Beispiel die bisherige Praxis bei der Vergabe von Ferienplätzen und Kuren sowie der Pkw-Zuteilung.<sup>19</sup> Darüber hinaus stellten immer mehr Beschäftigte die



Legitimation der offiziellen Gewerkschaften - Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB) und Industriegewerkschaften - infrage und forderten die Gründung unabhängiger Gewerkschaften. Schließlich bildeten sich in einigen Betrieben Initiativgruppen, die unter anderem für das Streikrecht und freie Wahlen eintraten.<sup>20</sup>

## Wirtschaftliche Prognosen in Ost und West

Das Produktivitäts- und Wohlstandsgefälle zwischen West- und Ostdeutschland war bereits vor 1989 ein offenes Geheimnis. Die durch den Mauerfall zutage getretenen Wirtschaftsprobleme waren für die ostdeutschen Wirtschaftsexperten nicht völlig überraschend. Um das DDR-Außenhandelsdefizit und das Problem des chronischen Devisenmangels in den Griff zu bekommen, hatte SED-Generalsekretär Erich Honecker 1979 sogar die Erhöhung der Konsumgüterpreise in Erwägung gezogen; Einschnitte im sozial- und konsumpolitischen Bereich schienen kurzzeitig unausweichlich zu sein.<sup>21</sup> Doch Ost-Berlin hielt bekanntlich am Kurs des Konsumsozialismus fest.<sup>22</sup> Ende Oktober 1989 lag der neuen SED-Führung um Egon Krenz eine interne Analyse der Wirtschaftslage vor, die von der Staatlichen Plankommission (SPK) stammte und die Fehler der Planwirtschaft schonungslos benannte. Angesichts der steigenden Westverschuldung wurde eine Wirtschaftsreform gefordert, die jedoch vage blieb und über das in den 1960er-Jahren entwickelte Konzept (Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung) nicht wesentlich hinausging.<sup>23</sup> Um die Zahlungsunfähigkeit und eine damit verbundene Senkung des Lebensstandards um bis zu 30 Prozent zu verhindern, schlug die SPK als Ausweg vor, Verhandlungen mit der Bundesregierung über die Gewährung neuer Kredite aufzunehmen. Im Gegenzug sollte angeboten werden, dass »noch in diesem Jahrhundert

solche Bedingungen geschaffen werden könnten, die heute existierende Form der Grenze zwischen beiden deutschen Staaten überflüssig zu machen«.<sup>24</sup> Mit dem Fall der Mauer zehn Tage später war diesem im Konjunktiv formulierten Vorschlag jedoch jede Grundlage entzogen.

Mit dem Mauerfall am 9. November 1989 verschwand das Außenhandels- und Devisenmonopol, das die SED-Führung rund 40 Jahre besessen hatte. Westliche Waren konnten nun nahezu ungehindert in die DDR gelangen, und die westdeutsche D-Mark entwickelte sich von einer heimlichen Währung zu einer faktischen Leitwährung. Mehrere Zeitungen berichteten Anfang 1990 übereinstimmend, dass ein geschäftstüchtiger Erfurter Gemüsehändler Südfrüchte, die er im benachbarten Nordhessen bezog, nur noch gegen harte D-Mark verkaufte, nachdem er vom zuständigen Rat des Bezirkes eine »Genehmigung zur Annahme fremder Währungen« erhalten hatte.<sup>25</sup> Der Verlust der Währungshoheit hatte gravierende Folgen für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der noch bestehenden DDR. Westdeutsche Wirtschaftsexperten machten frühzeitig auf die gewaltigen ökonomischen Risiken aufmerksam. So betonte der wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium in einem Kurzgutachten am 18. November 1989, dass durch die Öffnung der Grenze nach Westen »die latente Wirtschaftskrise dort [in der DDR] sichtbar geworden« sei.<sup>26</sup> Daraus ergebe sich für beide deutsche Staaten ein »hoher Entscheidungsdruck«. Um eine Antwort auf die massenhafte Abwanderung von Ost- nach Westdeutschland zu finden,<sup>27</sup> welche die »Lebensfähigkeit der DDR« bedrohe, komme es auf eine entscheidende Verbesserung »der Gesamtheit der dortigen Lebensbedingungen« an.<sup>28</sup> Dazu sei eine grundlegende Reform des politischen und wirtschaftlichen Systems in der DDR notwendig. Wenige Tage später prognostizierte die Deutsche Bundesbank in einem umfangreichen

Positionspapier eine Zuspitzung der wirtschaftlichen Probleme in der DDR durch die Grenzöffnung. Den Frankfurter Währungshütern bereitete vor allem die Instabilität der DDR-Mark große Sorgen, gingen sie doch von einem weiter stark sinkenden Wechselkurs der ostdeutschen Währung und einem knapper werdenden Warenangebot in der DDR aus: »Die im Westen gegen D-Mark umgetauschten DDR-Banknoten strömen illegal in die DDR zurück und werden von Ausländern, Westberlinern, aber auch von DDR-Bürgern benutzt, um in großen Mengen billige DDR-Produkte aufzukaufen.«<sup>29</sup> Gleichzeitig warnte die Bundesbank davor, das westdeutsche Wirtschaftsmodell zu kopieren, denn die Neuausrichtung der ostdeutschen Wirtschaft in Richtung Marktwirtschaft sei ein vielschichtiger Prozess.

Während sich west- und ostdeutsche Experten in der Diagnose über den wirtschaftlichen Zustand der DDR weitgehend einig waren, ergaben sich schon bald unterschiedliche Lösungsansätze. Auf Einladung der Bürgerbewegung »Neues Forum« trafen sich am 27. / 28. Januar 1990 etwa 250 Wirtschaftswissenschaftler, Unternehmer und Politiker aus beiden deutschen Staaten, um über eine Wirtschaftsreform in der DDR zu diskutieren.<sup>30</sup> Dabei herrschte zwar Konsens über den immensen Kapitalbedarf, den die volkseigenen Betriebe für dringend benötigte Investitionen hatten und der mit 900 Milliarden DM beziffert wurde. Die ostdeutschen Teilnehmer äußerten jedoch Vorbehalte gegen einen freien Kapitalzufluss von außen, denn sie befürchteten die Einführung von marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der DDR und damit eine frühzeitige Festlegung auf das westliche Wirtschaftssystem. Ein dritter Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus schien für sie dann nicht mehr möglich zu sein. Dagegen mussten die Teilnehmer aus der Bundesrepublik in der kontrovers geführten Diskussion

erkennen, dass die »soziale Problematik umfassend integriert werden muss«, wie das sehr knapp gehaltene Protokoll ausdrücklich festhielt.<sup>31</sup>

Die letzte SED-Regierung unter Ministerpräsident Hans Modrow verfügte von Anfang an über einen geringen Handlungsspielraum, was nicht nur mit der Hypothek einer gescheiterten Wirtschaftspolitik vor 1989, sondern auch mit der Dynamik der Ereignisse seit dem Mauerfall am 9. November zusammenhing. Die Reformversuche unter Wirtschaftsministerin Christa Luft (SED) sahen zwar eine stufenweise Einführung von marktwirtschaftlichen Elementen vor, die allerdings erst 1993 voll wirksam werden sollten.<sup>32</sup> Schon Anfang 1990 befürchteten die DDR-Wirtschaftsexperten gravierende Veränderungen auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt. Das in der Verfassung garantierte Recht auf Arbeit sei »zunehmend schwieriger [...] zu verwirklichen«.<sup>33</sup> Durch Umbau bzw. Auflösung von Teilen des DDR-Verwaltungsapparats hätten rund 110.000 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verloren, von denen nur etwa 60.000 beruhsfremd wieder eingesetzt werden konnten. Ein wesentliches Problem bestehe darin, dass die »Berufsstruktur der bisher freigesetzten Arbeitskräfte [...] nicht mit den Qualifizierungsanforderungen der freien Arbeitsplätze übereinstimmt«. Die Analyse der DDR-Regierung erfasste die Umwälzungen auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt, die schon Monate vor der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion begannen. Auslöser dafür war ein Rückgang der industriellen Produktion im Januar 1990 um 6,3 Prozent,<sup>34</sup> der auf einen Arbeitskräfterrückgang, Arbeitsniederlegungen und einen Steuerungsverlust der nach wie vor geltenden Wirtschaftspläne zurückzuführen war. Die Modrow-Regierung bekam diesen Abwärtstrend nicht mehr in den Griff. Eine Umfrage unter DDR-Bürgern zeigte Ende Januar 1990, dass die Mehrheit der Befragten bessere Lebensbedingungen in der Bundesrepublik und nicht mehr

in der DDR erwartete.<sup>35</sup> Gleichzeitig stieg die Zahl der sogenannten Übersiedler wieder leicht an: Im Januar und Februar 1990 verließen 137.000 Menschen die DDR.

### Der Westen als Problemlöser

Die Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) hatte seit dem Mauerfall umfassende Wirtschaftshilfen immer von der Bereitschaft Ost-Berlins zu grundlegenden politischen und wirtschaftlichen Reformen abhängig gemacht. An diesem Kurs hielt man grundsätzlich fest, wie Hans Modrow bei seinem Besuch in Bonn am 13. Februar 1990 erneut feststellen musste. Anfang März beschäftigte sich das Bundeswirtschaftsministerium bereits mit der Frage, wie die Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Industrie gesichert werden könnte. Es ging davon aus, dass die DDR-Betriebe bei einem noch zu schaffenden einheitlichen Wirtschaftsgebiet »scharfen Wind aus der Bundesrepublik und anderen Ländern zu spüren bekommen« würden.<sup>36</sup> Konkrete Vorschläge betrafen die Ausweitung des Kreditprogramms der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) für Existenzgründungen (sechs Milliarden DM), ein Infrastrukturprogramm für Grenzregionen (200 Millionen DM in zwei Jahren) und ein Infrastrukturprogramm (fünf Milliarden DM für fünf Jahre).<sup>37</sup> Obwohl das Bundeswirtschaftsministerium einen massiven Abbau von Arbeitsplätzen in nahezu allen Wirtschaftsbranchen der DDR befürchtete, ging es offenbar davon aus, die Probleme mit dem bestehenden wirtschaftspolitischen Instrumentarium bewältigen zu können. Nachdem sich in Bonn Anfang 1990 immer mehr die Einsicht durchgesetzt hatte, dass aufgrund der ökonomischen Krise in der DDR eine Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen beiden deutschen Staaten unausweichlich war,<sup>38</sup> bereitete sich neben dem Bundesfinanzministerium auch das

Bundeswirtschaftsministerium auf das Szenario vor. Angesichts der schlechten Aussichten für den DDR-Arbeitsmarkt schlugen die Mitarbeiter von Wirtschaftsminister Helmut Haussmann (FDP) vor, »im Haushalt der DDR bzw. des Bundes die notwendigen Mittel in Form eines vorbereiteten Eventualhaushaltes vorzusehen«. <sup>39</sup> Dabei war sich die im Ministerium zuständige Arbeitsgruppe über die Risiken einer rasch zu bildenden Wirtschaftsgemeinschaft im Unklaren (»ökonomisch verkraftbar?«). <sup>40</sup>

Es deutet vieles darauf hin, dass das weitverbreitete Bild, in Bonn habe Anfang 1990 die Stunde der Exekutive geschlagen, modifiziert werden muss. <sup>41</sup> Im Gegenteil: Die Bundesregierung war vielmehr Getriebene der politischen Ereignisse in der DDR und musste insbesondere auf den anhaltenden Übersiedlerstrom und die medial geführte Debatte über die damit verbundenen Kosten für die westdeutschen Sozialsysteme reagieren. Die rasche Einführung der D-Mark in der DDR erschien den politischen Akteuren als probates Mittel, um Stabilität in West und Ost zu erzeugen. Dagegen trat die ursprüngliche Überlegung, zeitgleich Wirtschaftsreformen in der DDR einzuleiten, um einen stufenweisen Übergang zu einer deutsch-deutschen Wirtschaftsgemeinschaft zu garantieren, immer mehr in den Hintergrund. Eine kontrollierte und über einen längeren Zeitraum gestreckte Angleichung der ostdeutschen Wirtschaft an marktwirtschaftliche Prinzipien, die von den Wirtschaftsexperten gefordert worden war, schien kaum noch realistisch zu sein, zumal der genauso überraschende wie eindeutige Ausgang der freien Volkskammerwahl am 18. März 1990 allgemein als Plebiszit für eine schnelle Vereinigung gewertet wurde. So erklärt sich im Übrigen auch die Entscheidung für die Währungsumstellung am 1. Juli 1990: Löhne, Gehälter und andere Einkommen (Renten) waren mit einem Kurs von 1:1 umzustellen;

sonstige Forderungen und Verbindlichkeiten unterlagen in der Regel einem Umrechnungskurs von 2:1. Der politisch gefundene Kompromiss, der den hohen Erwartungen der ostdeutschen Bevölkerung Rechnung trug und als Wertschätzung der Lebensleistung der Ostdeutschen verstanden werden kann,<sup>42</sup> widersprach den ökonomischen Rahmendaten und den Empfehlungen vieler Wirtschaftsexperten.

Nach dem Mauerfall wurden westdeutsche Politiker auch bei ihren Reisen in die DDR mit den akuten wirtschaftlichen und sozialen Problemen vor Ort konfrontiert.<sup>43</sup> Nachdem der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) von seiner Reise nach Dresden am 10. / 11. Dezember 1989 zurückgekehrt war, wurde das Sozialministerium in Stuttgart damit beauftragt, ein Sofortprogramm in Höhe von 1,5 Millionen DM vorzubereiten, um dem Gesundheitswesen und der Altenpflege in der Elbmetropole mit dringend benötigten Medikamenten und medizinischen Geräten unter die Arme zu greifen. Die baden-württembergische Landesregierung entwickelte sich ab Anfang 1990 für viele Krankenhäuser und Ärzte in Sachsen zum ersehnten Problemlöser: So wurde das Stuttgarter Sozialministerium darum gebeten, Verbandsmaterial und Medizintechnik zu liefern, aber auch Fachpersonal zur Verfügung zu stellen und bei der Sanierung maroder Kliniken behilflich zu sein. Manche Klinikleitung befürchtete in Sachsen offenbar einen Zusammenbruch der Gesundheitsversorgung. Hilfe erhoffte man sich nicht mehr von der Modrow-Regierung in Ost-Berlin, sondern von einem westdeutschen Bundesland. In Stuttgart wurden rasch Stimmen laut, die vor allzu großen Erwartungen warnten. Aus Sicht eines Ministerialbeamten war die DDR »zunehmend ein Fass ohne Boden«.<sup>44</sup> Und der Präsident des Baden-Württembergischen Handwerkstags wies darauf hin, dass »von Woche zu Woche die Diskrepanz

zwischen unseren Hilfsmöglichkeiten und dem Unterstützungsbedarf i[n] Sachsen« zunehme.<sup>45</sup>

Auch andere westdeutsche staatliche Akteure erhielten Anfragen aus der DDR. So wandte sich der Bürgermeister der Stadt Kemberg (Bezirk Halle) im Sommer 1990 hilfeschend an das Bundeswirtschaftsministerium. In der Kleinstadt gab es offenbar weder eine zentrale Trinkwasserversorgung noch ein zentrales Entwässerungssystem. Die Bürger mussten sich – wie beigefügte Fotos belegten – über Handständerpumpen mit Wasser versorgen und die Abwässer flossen teilweise auf die Straßen. Um eine drohende Verseuchung des Trinkwassers zu verhindern, sei die Modernisierung der entsprechenden Anlagen »für die Existenz unserer Stadt und die Gesundheit unserer Bürger« von großer Bedeutung.<sup>46</sup> Adressat war wieder nicht die ostdeutsche Bezirksverwaltung oder die DDR-Regierung in Ost-Berlin, sondern in diesem Fall ein Bonner Ministerium. Die beiden Beispiele zeigen eine Entstaatlichung in der DDR auf zentraler Ebene, die ein politisches Vakuum erzeugte. Denn mit dem Mauerfall stieg vorübergehend die Bedeutung von Kommunalpolitikern, die mit den tagtäglichen Problemen der ostdeutschen Bevölkerung konfrontiert waren und die ihre Nöte an Amtsträger im Westen richteten. Der Entstaatlichungsprozess erklärt letztlich auch die Geschwindigkeit, mit der das westdeutsche Wirtschafts- und Sozialsystem 1990 auf Ostdeutschland übertragen wurde. Mit anderen Worten: Die Entstaatlichung der DDR und der Transfer des westdeutschen Modells sind zwei Seiten einer Medaille. Die Kennzeichnung dieses dynamischen Prozesses mit dem Begriff »Übernahme« kaschiert diesen Zusammenhang und suggeriert einen ausgefeilten Masterplan, den es so nicht gegeben hat.<sup>47</sup> Der zunehmende Kontrollverlust, der für die DDR-Regierung im Osten Deutschlands zu konstatieren war, schien auch den Sozialstaat in der Bundesrepublik zu erfassen: Nach



Angaben des Arbeitsministers von Nordrhein-Westfalen, Hermann Heinemann (SPD), hatte die Gewerbeaufsicht des Landes bereits im September 1990 in Dutzenden von Fällen illegale Leiharbeit mit Arbeitern aus der noch bestehenden DDR auf Großbaustellen festgestellt.<sup>48</sup>

Aufgrund der zahlreichen Anfragen aus der DDR zur Verbesserung der Infrastruktur, die ab Ende 1989 auf den Schreibtischen der Ministerien in Bonn bzw. in den westdeutschen Landeshauptstädten landeten, bemühte sich das Bundeswirtschaftsministerium darum, die staatlichen Hilfsmaßnahmen zu koordinieren. Dazu wurde auf ein Instrument zurückgegriffen, das sich im Westen bereits bewährt hatte. Die Rede ist von der Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur«, mit der in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre jährlich 300 Millionen DM für ein Fördergebiet mit rund 18 Millionen Einwohnern ausgegeben worden waren. Für die Förderung wirtschaftsnaher Infrastruktur in der DDR rechnete das Ministerium zunächst mit einem jährlichen Finanzbedarf von einer Milliarde DM.<sup>49</sup> Dabei ging man davon aus, dass sich die DDR mit einem ebenso hohen Eigenbetrag an der Durchführung der Maßnahmen beteiligen würde. Da das gewählte Finanzvolumen von Anfang an zu gering erschien, kalkultierten die Ministerialbeamten eine Mittelerhöhung ein, »um die dringenden Engpässe an wirtschaftsnaher Infrastruktur zu beseitigen«. Darüber hinaus sollten in etwa acht ausgewählte Regionen der DDR Expertenteams geschickt werden, um bei der Erarbeitung entsprechender Konzepte vor Ort behilflich zu sein.<sup>50</sup> Bei der Auswahl der Regionen seien »die verschiedenen Problemkategorien, die künftige Länderstruktur und die Signalwirkung« zu berücksichtigen. Nach Einschätzung des Ministeriums reichten die vorgeschlagenen Maßnahmen jedoch nicht aus, um den »Zusammenbruch großer Kombinate« zu verhindern.<sup>51</sup> Falls die DDR das wirtschaftliche Problem

allein nicht lösen könnte, müssten sich die Regierungen in Bonn und Ost-Berlin wieder zusammensetzen.

Bereits im Frühjahr 1990 konnte zwischen der Bundesregierung und den Länderchefs Einvernehmen über die Bildung eines Fonds »Deutsche Einheit« erzielt werden, der bei einer Laufzeit von 4,5 Jahren insgesamt 115 Milliarden DM umfassen sollte.<sup>52</sup> Finanziert werden sollte dieses Paket durch Einsparungen im Bundeshaushalt (20 Milliarden) und durch eine Nettokreditaufnahme (95 Milliarden). Dabei äußerten einige Bundesländer jedoch grundsätzliche Bedenken gegen den bestehenden Länderfinanzausgleich, der bereits vor 1989 in der Bonner Republik Anlass für öffentliche Debatten gewesen war. So war ein von Hamburg angestrebtes Normenkontrollverfahren beim Bundesverfassungsgericht immer noch offen. Der Senat der Hansestadt drängte deshalb darauf, in dem Ergebnisprotokoll einen entsprechenden Hinweis mit aufzunehmen. Im Frühjahr 1990 begannen die politischen Verantwortlichen in Bonn damit, erste Infrastrukturprogramme für Ostdeutschland vorzubereiten, die sich in den Bahnen der bestehenden Wirtschaftsförderung bewegten. Weitergehende Programme schienen erst nach der staatlichen Vereinigung möglich zu sein. Die Bundesregierung stellte dafür zwar Finanzmittel zu Verfügung, die aber sehr knapp bemessen waren. Denn sie ging davon aus, dass die ostdeutsche Seite einen eigenen Beitrag zur wirtschaftlichen Konsolidierung des Landes leisten könne.

### Der brüchige Privatisierungskonsens

Zwischen Ost- und Westdeutschland herrschte 1990 weitgehend Einvernehmen darüber, dass westdeutsches und westliches Kapital zwingend notwendig war, um die kostenintensiven Herausforderungen der DDR-Wirtschaft meistern zu können - angefangen von dem

Investitionsrückstau in der Industrie bis hin zur Umweltsanierung. So bemühte sich auch die Modrow-Regierung darum, westliche Investoren in die DDR zu locken, und ließ dazu im Januar 1990 ein Joint-Venture-Gesetz in der Volkskammer verabschieden, das eine ausländische Kapitalbeteiligung an ostdeutschen Unternehmen mit bis zu 49 Prozent zuließ.<sup>53</sup> Der Wunsch nach ausländischem Kapital war schließlich ein Türöffner für die Privatisierung der ostdeutschen Betriebe. Damit wurde ein Weg beschritten, auf den die von der SED-PDS geführte Regierung in Ost-Berlin mit dem Joint-Venture-Gesetz – wenn auch in Grenzen (49-Prozent-Regelung) – selbst eingeschwenkt war. 1990 herrschte in der DDR ein parteiübergreifender Konsens, bei dem sich der Wunsch nach westlichem Kapitalimport und die Bereitschaft zur Kooperation mit westlichen Unternehmen (*joint venture*) verknüpften. Doch mit der Teilhabe der Investoren und der damit einhergehenden Teilprivatisierung ostdeutscher Betriebe waren von Anfang an unterschiedliche Ziele und Erwartungen verbunden. Der Privatisierungskonsens begann sich im Herbst 1990 aufzulösen, als erste Betriebe schließen mussten, denen eine Zukunftsfähigkeit abgesprochen worden war. Erste Untersuchungen, die die Regierung de Maizière (CDU) in Auftrag gegeben hatte, lieferten ernüchternde Ergebnisse: Nach Bewertung von 2600 Betrieben lag die Rate der als konkursgefährdet eingestuften Betriebe im Juni 1990 bei 39 Prozent.<sup>54</sup> Dieses Szenario veranlasste wiederum das Bundeswirtschaftsministerium, das Privatisierungstempo zu erhöhen, um so schnell verfügbare Erlöse zum Ausgleich für die steigenden Verluste zu erzielen. In den Medien hatte das Privatisierungsnarrativ Ende 1990 aber noch nichts an Anziehungskraft verloren. So wurde Treuhandpräsident Rohwedder beim Verkauf der Treuhandunternehmen ein »Schneckentempo«

vorgeworfen, obwohl die ersten Betriebsschließungen bereits öffentliche Proteste hervorgerufen hatten.<sup>55</sup>

Im Mittelpunkt dieser dramatischen Entwicklung stand die Treuhandanstalt, die ursprünglich von DDR-Bürgerrechtlern um Wolfgang Ullmann vorgeschlagen worden war, um das Volkseigentum treuhänderisch zu verwalten. Ihnen ging es darum, dessen übereilte Aufteilung unter sogenannten SED-Seilschaften sowie westlichen Investoren zu verhindern. Mit dem wirtschaftlichen Niedergang der DDR, der während der friedlichen Revolution eingesetzt hatte, drängten aber rasch andere Probleme in den Vordergrund. Die am 1. März 1990 von der Modrow-Regierung gegründete Treuhandanstalt nahm zwar eine wichtige Rolle ein, denn sie wurde Eigentümerin von über 8500 volkseigenen Betrieben und damit verantwortlich für rund vier Millionen Beschäftigte. Da die Behörde Anfang Juli 1990 erst 120 Mitarbeiter hatte, verharrte sie jedoch im »organisatorischen Chaos« und war mit der ihr übertragenen Aufgabe heillos überfordert.<sup>56</sup> Binnen weniger Wochen wandelte sich die Funktion der Treuhandanstalt: von einer Anstalt zur Bewahrung des Volkseigentums hin zu einer Organisation für die Lösung eines gewaltigen ökonomischen Problems.

Der Funktionswandel schlug sich auch im Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens (kurz: Treuhandgesetz) nieder, das die frei gewählte Volkskammer am 17. Juni 1990 mit großer Mehrheit verabschiedete und das die zentrale Rechtsgrundlage für die Arbeit der Behörde bis zur ihrer Auflösung Ende 1994 bildete. Das Gesetz,<sup>57</sup> das der Anstalt einen relativ großen Gestaltungsspielraum einräumte, legte allgemein fest: »Das volkseigene Vermögen ist zu privatisieren.«<sup>58</sup> Die Einnahmen sollten vorrangig für die Strukturanpassung der Unternehmen verwendet werden.<sup>59</sup> Nach einer Bestandsaufnahme sei »nach Möglichkeit

vorgesehen, dass den Sparern zu einem späteren Zeitpunkt [...] ein verbrieftes Anteilsrecht am volkseigenen Vermögen eingeräumt werden kann«. <sup>60</sup> Die Gründungsurkunde der Treuhandanstalt wies somit ein Spannungsverhältnis auf zwischen Privatisierung einerseits und Ausgabe von Anteilscheinen am Volksvermögen andererseits. Forderungen nach einer grundlegenden Überarbeitung des Treuhandgesetzes, die in der Folgezeit von der Opposition im Deutschen Bundestag immer wieder erhoben wurden, waren jedoch nicht mehrheitsfähig und konnten sich nicht durchsetzen.

### Illusionen und Fehleinschätzungen

Die Währungsumstellung am 1. Juli 1990 verschlechterte die Wettbewerbsbedingungen der ostdeutschen Betriebe, die von einem Tag auf den anderen nicht nur Löhne und Gehälter in D-Mark zahlen, sondern auch ihre Produkte in Osteuropa in der neuen Währung verkaufen mussten. Insofern bildet dieses Datum einen tiefen und irreversiblen Einschnitt für die ostdeutsche Wirtschaft. Vielen Treuhandunternehmen, die über keine tragfähige Kapitaldecke verfügten, drohte die Zahlungsunfähigkeit. Aus dem Liquiditätsproblem entwickelte sich zudem noch ein Rentabilitätsproblem, da die Preise der für den Verkauf angebotenen Waren nicht mehr kostendeckend waren. Betriebsschließungen und Arbeitslosigkeit waren nun an der Tagesordnung. So teilte eine Keramikwerkstatt in Erfurt dem zuständigen Arbeitsamtsdirektor am 30. Juni den Arbeitsausfall aufgrund akuter Absatzschwierigkeiten mit; ein halbes Jahr später musste der Betrieb schließen. <sup>61</sup> Erste Meldungen über steigende Arbeitslosenzahlen in der DDR gab es im Frühsommer 1990. Anfang Juli teilte die Zentrale Arbeitsverwaltung der DDR mit, dass die Zahl der Erwerbslosen um 47.289 auf 142.096 gestiegen sei. <sup>62</sup> Mitte Juli lag die Arbeitslosenzahl schon bei 224.000; rund eine

halbe Million Beschäftigte befanden sich in Kurzarbeit.<sup>63</sup> Damit tauchte in der ostdeutschen Öffentlichkeit ein Phänomen auf, das es in den zurückliegenden vier Jahrzehnten unter dem SED-Regime offiziell nicht gegeben hatte: Arbeitslosigkeit.

Während westdeutsche Journalisten frühzeitig vor den Folgen der Währungsumstellung für die ostdeutschen Betriebe warnten, verbreiteten manche Wirtschafts- und Arbeitsmarktexperten in der Öffentlichkeit erstaunlich optimistische Prognosen. So war der Präsident der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit Heinrich Franke von der Robustheit des westdeutschen Arbeitsmarkts derart überzeugt, dass er die negativen Folgen der D-Mark-Einführung in Ostdeutschland völlig unterschätzte. Auf die Frage eines Journalisten, ob ihm die in Kraft getretene Währungsunion Sorgen bereite, antwortete Franke: »Nein, überhaupt nicht. Sie [die Währungsunion] macht uns allenfalls zusätzlich Arbeit. Ich gehe sehr optimistisch an die Bewältigung der Probleme heran.«<sup>64</sup> Darüber hinaus behauptete er, die Wanderungsbewegung aus der DDR in Richtung Westen werde sich mit der Zeit umkehren und die Beitragszahler müssten im Zuge einer vorübergehend erhöhten Arbeitslosigkeit »nicht tiefer in die Tasche greifen«. Auch der Leiter der Abteilung Inland beim Bundespresseamt, Wolfgang Bergsdorf, glaubte zu wissen, dass die ostdeutschen Bundesländer »in drei bis vier Jahren«<sup>65</sup> das ökonomische Niveau des Westens erreichen würden. Das bedeute zwar Arbeitslosigkeit, »die aber nicht unbedingt sehr viel höher ist als bei uns«. Und der Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken, Wolfgang Röllner, der gleichzeitig Vorstandssprecher der Dresdner Bank war, glaubte das Licht am Ende des Tunnels erkennen zu können: »Die Talsohle wird [1991] zu Ende gehen und von einer Aufwärtsentwicklung abgelöst.«<sup>66</sup> In diesen Chor stimmte selbst das in Ost-Berlin ansässige Institut für angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) ein, in